

Die neuen Grenzen des Wachstums

von Bert Rürup, Axel Schrunner

Gute Nachrichten für die Große Koalition: Die deutsche Wirtschaft ist nun schon zehn Quartale in Folge gewachsen, die letzte Rezession liegt acht Jahre zurück. Der Arbeitsmarkt boomt. Kanzlerin Angela Merkel und ihr Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mussten sich um den Arbeitsmarkt bislang nicht sorgen. Und alle Frühindikatoren deuten darauf hin, dass das zunächst so bleiben wird: Die Wirtschaft wird in den nächsten Quartalen, ja gar in den nächsten Jahren weiter wachsen – wenn auch nur moderat. So rechnet das Handelsblatt Research Institute (HRI) mittelfristig mit rund 0,3 Prozent Wachstum pro Quartal. Auf das Jahr hochgerechnet ergibt sich wegen statistischer Effekte damit für 2017 ein Plus von 0,9 Prozent, für 2018 von 1,2 Prozent.

Doch die gute Stimmung trügt. Denn viel spricht dafür, dass die Konjunktur ihren Zenit überschritten hat. Deutschlands Wirtschaftswachstum wird vor allem vom privaten Konsum getragen. Das täuscht darüber hinweg, dass das Fundament unseres exportorientierten Industriestaates, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, „mehr und mehr erodiert“, mahnt Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. Strukturelle Verschlechterungen führten dazu, „dass sich die deutsche Wirtschaft aus der nächsten Schwächephase nur sehr schleppend herausarbeiten können wird“.

Ist Deutschland also an die Grenze seiner Möglichkeiten gestoßen?

Das Bruttoinlandsprodukt setzt sich aus der Summe aus Investitionen, Konsum und Außenbeitrag, also der Differenz aus Ex- und Importen zusammen. Die Wirtschaft wächst also nur dann, wenn wenigstens eine dieser Größen zulegt. Oft wird Deutschland eine Investitionsschwäche attestiert. Und tatsächlich schrumpften die privaten Investitionen im Jahr 2016 mehrere Quartale. Unternehmen investieren eben nur dann, wenn sie sich davon eine Steigerung ihres Gewinns erwarten.

Da viele wichtige Kunden deutscher Autos, Maschinen, Chemie- und Elektroprodukte aber im Ausland sitzen, können diese Erwartungen entscheidend von geopolitischen Umständen geprägt sein. Ganz gleich ob Russland- oder Türkeikrise, Sorgen um die Konjunktur in China oder Brasilien, Brexit- und Trump-Effekt oder die weltweite Terrorangst – bei Unsicherheit ist

es meist keine schlechte unternehmerische Entscheidung, erst einmal abzuwarten. Und so dürften die Ausrüstungsinvestitionen 2017 stagnieren, ehe 2018 – sofern sich die Befürchtungen nicht bewahrheitet haben – eine moderate Belebung realistisch ist. Lediglich der Wohnungsbau boomt dank der Geldschwemme der EZB, gemessen an den Gesamtinvestitionen ist der Bereich jedoch relativ klein.

Doch mit ihrer Wait-and-see-Strategie stößt die Industrie nun an ihre Grenzen. Die Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe sind derzeit zu 86 Prozent ausgelastet und damit weit stärker als im langjährigen Schnitt. Ähnlich hohe Werte gab es zuletzt im Boomjahr 2011. Weite Teile der Industrie laufen unter Volllast – mehr geht oft nicht.

Der private Konsum kann nur wachsen, wenn die Konsumenten mehr Geld zum Ausgeben haben, wenn sie also entweder mehr verdienen, weniger sparen oder sich verschulden – und sie nicht um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. In den vergangenen Jahren entstanden gerade im Dienstleistungsbereich viele neue Jobs. Hinzu kam der Bauboom. Zudem stellte die exportorientierte Industrie dank hoher Nachfrage nach Produkten Made in Germany Personal ein; die Beschäftigung stieg von einem Rekord zum nächsten auf nunmehr 43,5 Millionen Erwerbstätige im Durchschnitt des Jahres 2016.

Gleichzeitig wuchsen in vielen Branchen die Löhne in einem Ausmaß, wie es die Deutschen lange Jahre nicht gewohnt waren. Im Vergleich zum Rezessionsjahr 2009 sind die gesamtwirtschaftlichen Bruttolöhne und -gehälter heute um 30 Prozent oder rund 300 Milliarden Euro höher.

Doch auch hier zeichnet sich die Wachstumsgrenze ab. So lagen im abgelaufenen Jahr die Tarifabschlüsse noch zwischen 1,5 und drei Prozent – im Schnitt bei etwa 2,5 Prozent. Angesichts der Mini-Inflation von 0,4 Prozent verblieb also ein üppiges Reallohnplus. Doch weil viele Tarifabschlüsse mittlerweile zwei Stufen enthalten und die zweite oftmals geringer als die erste ist, dürften die Gehaltszuwächse 2017 geringer ausfallen. Neue Abschlüsse wird es im öffentlichen Dienst der Länder, im Handel und in der Metall- und Elektroindustrie geben. Diese Tarifverträge werden allerdings erst in Verlauf des Jahres wirksam, sie machen sich also für das Gesamtjahr nur anteilig bemerkbar. Berücksichtigt man zudem die wohl auf 1,6 Prozent anziehende Inflation, verbleibt für das Jahr 2017 nur noch ein minimales Reallohnwachstum übrig.

Hinzu kommt, dass sich der Beschäftigungsaufbau dem Ende zuneigen und 2018 zum Stillstand kommen wird. Zwar signalisiert das Ifo-Beschäftigungsbarometer, dass die Betriebe nach wie vor händeringend Personal suchen – doch scheinen sie auf dem leer gefegten Fachkräftemarkt immer seltener fündig zu werden. Nach einer Umfrage des Personaldienstleisters Manpower haben inzwischen 49 Prozent der Unternehmen große Probleme, offene Stellen zu besetzen; 2007 hatten lediglich 27 Prozent darüber geklagt. Für

jeden siebten Betrieb habe sich die Situation gegenüber dem Vorjahr noch einmal verschärft. „Der Mangel an Fachkräften droht den an sich gut laufenden Konjunkturmotor abzuwürgen“, warnt Manpower Deutschland-Chef Herwarth Brune. Facharbeiter und Handwerker seien die am schwersten zu besetzende Berufsgruppe.

Zwar gibt es unter den rund eine Million Zuwanderern viele, die gern in Deutschland arbeiten würden. Doch bei vielen fehlt es an grundlegenden Fähigkeiten, ohne die auf dem deutschen Arbeitsmarkt gar nichts geht. Und daher werden viele anerkannte Flüchtlinge in der Arbeitslosenstatistik landen. 2017 und 2018 dürfte deshalb die Anzahl der registrierten Arbeitslosen jeweils um 100 000 Personen ansteigen – zwei Jahre in Folge mit steigender Arbeitslosigkeit gab es zuletzt in den Jahren 2004 und 2005, damals freilich auf weit höheren Niveau.

Deshalb verliert auch der private Konsum an Schwung. Er wird zwar nicht stagnieren, doch nach einem Zuwachs von 1,9 Prozent im Jahr 2016 wird das Plus 2017 und 2018 nur noch 1,4 und 1,3 Prozent betragen – zu wenig, damit die Gesamtwirtschaft an die zuletzt guten wirtschaftlichen Jahre anknüpfen kann.

Denn auch Deutschlands langjähriger Wachstumstreiber schwächelt, weil seit 2011 der Welthandel an Schwung verliert. Noch kurz vor Toresschluss kappte der Außenhandelsverband seine Exportprognose: allenfalls ein „Mini-Plus in 2016“, hieß es. Dem Globalisierungsgewinner Deutschland geht die Puste aus. Vor allem die Geschäfte mit dem größten Kunden laufen schlecht. In den ersten drei Quartalen 2016 sanken die Exporte in die USA um sechs Prozent. „Und eine mögliche Abschottungspolitik unter dem neuen US-Präsidenten verheißt nichts Gutes für den Ausblick der deutschen Exporteure“, bestätigt ING-Diba Chefvolkswirt Carsten Brzeski. Oxford Economics sagt Deutschland bis zum Jahr 2030 gar ein Exportminus von fünf Prozent voraus, falls es zum harten Brexit und zur Einführung von US-Handelszöllen kommen sollte.

Doch bereits jetzt greift der Protektionismus immer weiter um sich. „Über 1800 Handelsbarrieren wurden zwischen 2014 und Mitte 2016 errichtet – das sind mehr als 700 pro Jahr oder fast 60 pro Monat“, weiß Ron van het Hof, Chef des Kreditversicherers Euler Hermes für den deutschsprachigen Raum. Kurzfristig rechnet das HRI daher für 2017 noch mit 0,2 Exportplus, doch 2018 dürfte die Ausfuhr um 0,6 Prozent sinken – der erste Rückgang seit 2009. Da zugleich die Importe um 1,3 und 0,4 Prozent zulegen werden, sinkt der deutsche Überschuss – der Außenhandel bremst das Wachstum. Hält die Globalisierungspause an, ist unser exportorientiertes Geschäftsmodell an seiner Grenze angelangt.

Was ist zu tun?

Der Globalisierung kann die Bundesregierung selbst kaum wieder neuen Schwung verleihen. Auch gegenüber der Alterung der Gesellschaft und der damit einhergehenden Schrumpfung der Bevölkerung ist die Politik ziemlich machtlos. Dennoch ist Fatalismus fehl am Platze. Denn die Politik hat Möglichkeiten, die demografiebedingten Wachstumsbremsen ein gutes Stück zu lockern. Vor allem muss das Arbeitsangebot gesteigert, also ungenutzte Potenziale müssen gehoben werden. Dazu müssen die relativ jungen und oft motivierten Flüchtlinge so schnell wie möglich fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Bereits im abgelaufenen Jahr gingen etwa 60 Prozent des Beschäftigungsanstiegs auf Zugewanderte vor allem aus Osteuropa zurück. Ein Viertel des Wirtschaftswachstums resultierte direkt aus der Migration nach Deutschland. Und falls Großbritannien sich wirklich abschottet, dürften bald noch mehr Migranten ihr Glück in Deutschland suchen.

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine große Chance für Deutschland – aber auch eine große Herausforderung. Bislang wird das Thema unter dem Begriff Industrie 4.0 diskutiert. Er suggeriert jedoch, dass sich vor allem Produktionsprozesse ändern werden. Dies könnte sich als großer Irrtum herausstellen. „Die Digitalisierung wird sehr viel Macht und Einkommen in die Hände derer geben, die diese neuen technischen Verfahren besitzen und beherrschen“, ist Ex-Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn überzeugt.

Deutschland muss also alles daransetzen, zu den Gewinnern der Digitalisierung zu gehören. Das Aus- und Weiterbildungssystem, die Sozialversicherungen, die Betriebe, letztlich die Gesellschaft müssen vorbereitet werden. Ziel der Politik muss es sein, die Zahl der Digitalisierungsverlierer zu minimieren. Nur so lassen sich die Chancen der neuen Technologien für die gesamte Gesellschaft bestmöglich nutzen. Kluge Sozialpolitik war und ist immer auch ein Standortvorteil.

Zudem muss der Staat die ärgsten Mängel vor allem an der Verkehrsinfrastruktur rasch beheben. Dabei geht es nicht um ein Konjunkturprogramm. Vielmehr muss die Zeit verringert werden, die nutzlos im Stau oder durch Umfahren maroder Brücken vergeudet wird. So gab es 2015 rund 568 000 Staus auf deutschen Autobahnen. Hintereinander gereiht würde der deutsche Stau eines Jahres etwa 30-mal um den Äquator reichen – Tendenz stark steigend.

Auch muss die Regierung ein investitionsfreundliches Klima schaffen. Eine Unternehmenssteuerreform, die die größten Ungereimtheiten wie etwa die Begünstigung von Fremdkapital bei der Finanzierung beseitigt, stimuliert das Wachstum, ohne wirklich teuer zu sein. Zudem darf die Politik nicht verdrängen, dass Lohnsteuerentlastungen die höchsten gesamtwirtschaftlichen Impulse haben, wenn die Bezieher mittlerer Einkommen entlastet werden. Anders als die Geringverdiener zahlen sie Steuern, und ein Zuwachs der Nettoeinkommen fließt zumeist komplett in den Konsum.

Noch sind die Staatskassen gut gefüllt. Dieses Geld darf nicht verplempert, sondern muss wachstumsfördernd eingesetzt werden. Denn auch wenn Deutschland gerade das Jobwunder feiert: Die schlechten Zeiten kommen, wahrscheinlich schon früher, als mancher denkt.